

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch

Tagesordnungspunkt: 12.3 Allgemeine Anträge

A7: Wohlstand willkommen heißen

Antragstext

1 Der öffentliche Diskurs über Zuwanderung nach Österreich war in den vergangenen
2 Jahren stark von irregulärer Migration und den damit verbundenen
3 Herausforderungen geprägt. Dabei gerät zunehmend aus dem Blick, dass Zuwanderung
4 auch eine enorme Chance für Wohlstand, Innovation und wirtschaftlichen
5 Fortschritt sein kann.

6 Österreich braucht dabei nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch
7 mehr privates Kapital, mehr Unternehmensgründungen, mehr Investitionen in
8 unseren Wirtschaftsstandort und mehr international vernetzte Unternehmer:innen,
9 die Arbeitsplätze schaffen.

10 Viele Staaten innerhalb und außerhalb Europas werben deshalb bereits gezielt um
11 Personen, die bereit sind, vor Ort zu investieren und wirtschaftliche
12 Verantwortung zu übernehmen. Zu diesem Zweck haben zahlreiche Länder sogenannte
13 „Residence-by-Investment“-Programme geschaffen, die Drittstaatsangehörigen bei
14 substanziellen wirtschaftlichen Investitionen eine Aufenthaltsberechtigung
15 ermöglichen.

16 Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern, dass auch Österreich ein modernes,
17 transparentes und rechtsstaatliches „Residence-by-Investment“-Programm für
18 Investor:innen aus Drittstaaten schafft.

19 Dieses Programm soll Personen offenstehen, die:

- 20 • mindestens 500.000 Euro in österreichische Unternehmen, Forschung und
21 Infrastruktur investieren;
- 22 • strenge Geldwäsche- und Sicherheitsprüfungen bestehen, die legale Herkunft

23 ihrer Mittel nachweisen können und keinen internationalen Sanktionen
24 unterliegen;

- 25 • ihren Lebensunterhalt dauerhaft eigenständig finanzieren können und keinen
26 Anspruch auf österreichische Sozialleistungen begründen.

27 Das Programm soll gezielt produktive Investitionen fördern. Reine
28 Immobilienkäufe ohne zusätzlichen volkswirtschaftlichen Nutzen dürfen daher
29 nicht zu einer Aufenthaltsberechtigung führen. Die Aufenthaltsberechtigung soll
30 zudem an den Fortbestand der zugrunde liegenden Investition geknüpft sein und
31 widerrufen werden können, wenn Investitionen nur zum Schein erfolgen oder
32 kurzfristig wieder abgezogen werden.

33 Ziel darf ausdrücklich nicht der Verkauf der Staatsbürgerschaft sein, sondern
34 die gezielte Ansiedlung wirtschaftlich aktiver Menschen mit langfristigem
35 Interesse am Standort Österreich. Einen Handel mit Staatsbürgerschaften lehnen
36 wir klar ab.

37 Ein „Residence-by-Investment“-Programm kann attraktive wirtschaftliche
38 Rahmenbedingungen selbstverständlich nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.
39 Österreich muss weiterhin daran arbeiten, die Steuer- und Abgabenlast zu senken,
40 Bürokratie abzubauen und ein Land zu werden, in dem sich Leistung, Risiko und
41 Unternehmertum lohnen.